

INSTITUT
für
MARXISMUS-
LEHRE
Koch

Rote Fahne

Wochenblatt der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands
Wirtschaftsbezirk Frankfurt a. M.

Nr. 19

Einzelnummer 40 Pfennig
Erscheint wöchentlich Samstag

Frankfurt a. M., 28. August 1920

Inserate 4 gespaltene Beitzelle
1,20 Mt. Bei Wiederholungen
Rabatt

1920

Eine große Union!

Die revolutionäre Arbeiterbewegung schält sich aus der konterrevolutionären heraus. Die Umformung der Organisationen vollzieht sich zwangsläufig mit der Revolution. Die Geister scheiden sich. Die revolutionären Gruppen suchen und finden Verbindung und solidarisches Handeln.

Die gegenrevolutionären Gewerkschaften haben sich eine einheitliche Front geschaffen. Die alten sozialdemokratischen Gewerkschaften stehen Seite an Seite mit den Gewerkschaften, die sich rückhaltlos zum kapitalistischen Wirtschaftssystem bekennen; mit der Christlichen, Hirschdunkerschen usw. Von Legien bis Giesberts will man den Sozialismus aufhalten. Die geschlossene Gewerkschaftsfront ist der Tragbalken der Gegenrevolution. Diese Millionen indifferenten Proleten besorgen, indem sie den Führern folgen, die Geschäfte der Stinnes und Helfferich, sie sind der Resonanzboden für Spa, wo man letzten Endes darüber verhandelt, wie der Imperialismus sich retten könnte vor dem Bolschewismus.

Auf Seiten des gegenrevolutionären Gewerkschaftsbundes stehen auch die USP. und der Spartakusbund, wenn sie die Arbeiter zum Verbleiben in den konterrevolutionären Gewerkschaften zu bestimmen suchen. Die Parteien mögen sich noch so radikal gebärden, sie mögen mit immer schwungvollerer politischer Phrase die Wiedererrichtung der kapitalistischen Schandwirtschaft ablehnen, sie mögen es sogar in ihrer Weise ehrlich meinen — sie betreiben aber praktisch den „Wiederaufbau“, wenn sie die sich neuformende revolutionäre Gewerkschaftsbewegung zu unterdrücken suchen. Denn nicht die politischen Parteien bauen die Wirtschaft auf, nicht in den bürgerlichen Parlamenten vollzieht sich Verfall und Wenden. Das geschieht in der Produktion. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter halten die alte zusammenbrechende Welt aufrecht oder formen die neue, je nachdem sie sich in ihrer organisatorischen Betätigung nach hüben oder drüben orientieren.

Hat sich die Gegenrevolution zusammengeschlossen im „Gewerkschaftsbund“, so muß sich die Revolution zusammenschließen zu einer großen revolutionären Vereinigung. Eine große Union! Das ist die unabwiesbare Notwendigkeit unserer Zeit.

Unermessliche Kräfte stehen uns zur Verfügung. Idealismus, Opferwilligkeit, Latkraft, Erfahrung für Organisation und Kampf sind da. Alle Energien streben voran. Sie müssen sich zusammenfinden, vereinen, eine sozialistische Phalanx muß aus den „Unionen“ geboren werden.

In der Hauptsache gibt es zur Zeit 3 Arbeiter-Unionen, die zusammenzuschließen sind. Die Freie Arbeiter-Union (Syndikalisten), die Freie Bergarbeiter-Union und die All-

gemeine Arbeiter-Union. Die Gegensätze, meist theoretischer Natur, müssen überwunden werden.

Meine agitatorische Tätigkeit, die ich in den letzten Wochen im Westen ausübte, hat mich überzeugt, daß die Zusammenfassung der drei Richtungen möglich ist. Dort sind die Unionen aus der Revolution herausgewachsen, dort strebt die revolutionäre Arbeiterschaft zum Zusammenwirken auf revolutionärer Grundlage, dort ist die Vereinigung eine unabwiesbare Notwendigkeit.

Ich habe in den Versammlungen Wesen und Ziel der Betriebsorganisation klargelegt. Nirgend hat man auch nur den Versuch gemacht, zu widerlegen, daß die revolutionäre Gewerkschaft aus der Betriebsorganisation herauswachsen muß. Abgesehen von Interessen weniger bezahlter Führer, denen die Betriebsorganisation den Brotkorb nehmen würde, steht die revolutionäre Arbeiterschaft einhellig zur Betriebsorganisation. In diesem Zusammenhange will ich feststellen, daß in der Versammlung in Gelsenkirchen der Genosse Wagner von der Freien Bergarbeiter-Union sich vorbehaltlos zu meinen Ausführungen bekannte.

Ich hatte nachgewiesen:

Der Kampf der Arbeiterklasse um den Sozialismus, er kann kein politisch-parlamentarischer sein, er muß ein revolutionär-ökonomischer sein und er gestaltet sich, wird er akut, zum bewaffneten Aufstand. Daneben haben die Organisationen sozialistische Aufklärung zu verbreiten. Endkampf um Beseitigung der Lohnarbeit und nicht Reform — dazu bekennst sich auch die Freie Bergarbeiter-Union.

Auch die völlige Selbständigkeit der Betriebs- oder Zechenorganisationen erkennt die Freie Bergarbeiter-Union an. Ob die Vereinigung der Betriebs-, Zechen- oder Bezirksorganisationen zentralistisch oder föderalistisch sein muß? Laßt uns nicht um Worte streiten!

Die Selbständigkeit der Betriebs- usw. Organisation schließt den Zentralismus aus.

Die z. Z. Angestellten der Freien Bergarbeiter-Union sind kein Hindernis der Vereinigung. Sie werden als ehrliche Revolutionäre ihre Ämter nicht als Hindernis des Zusammenschlusses ausspielen. Es ist im übrigen nicht entscheidend, daß bezahlte Funktionäre da sind, sondern daß sie nicht führend tätig sein dürfen. Und dagegen schützt die Selbständigkeit der Vereine. — Also mit der Freien Bergarbeiter-Union ist eine Vereinigung möglich.

Die Syndikalisten! Wir stehen mit ihnen zusammen in der Auffassung, daß der Parlamentarismus zu verwerfen ist, daß die wirtschaftlichen Kämpfe von den politischen nicht zu trennen sind, daß die Einigung der Arbeiterklasse im Rahmen revolutionär-ökonomischer Organisationen Tatsache werden kann, daß nicht eine Partei, sondern die Klasse die Macht ergreifen muß.

20 4868 10

26

Ein Teil der Syndikalisten — und es sind nicht gar so viele — sind verblissene Salmudisten: Sie haben sich verrannt in dem Wunderglauben, das Proletariat könne die wirtschaftliche Macht erobern und brauche sich dabei um die politischen Machtmittel nicht kümmern. Das ist kindlich. Und Kindereien soll man in revolutionären Zeiten in die Weihnachtschachtel möglichst tief verstecken. Ich habe die Eroberung der wirtschaftlichen Macht immer so aufgefaßt, daß sie nicht in den Parlamenten zu erreden ist, sondern daß sie erkämpft werden muß. Erkämpft gegen wen? Sie muß erkämpft werden gegen die politischen Machtmittel, welche die besitzenden Klassen in ihrer politischen Gesamtorganisation: im Staat, sich zentralisiert haben. Diese politischen Machtmittel, also den Staat muß das Proletariat erobern, um sie (die Staatsmittel) gegen die Diktatur der Ausbeuter anwenden zu können. Das ist proletarische Diktatur und nicht Parteidiktatur, das ist Klassen- und nicht Parteipolitik. Wollen die Syndikalisten revolutionär-ökonomisch kämpfen, wollen sie den Generalstreik, den sozialen Generalstreik — und wollen sie der gewaltsamen Auseinandersetzung mit der politischen Macht aus dem Wege gehen? . . . ja, was ist denn das? Das ist doch kindisch oder entspringt der persönlichen Feigheit gewisser Leute, die zu jedem Frühstück wenigstens drei Bonzen verzehren, oder es ist Pathologie für die Wasserheilanstalt.

Den Arbeitern sagen: Schafft nicht weiter Mordwaffen, Zuchthäuser und wartet bis . . . Wie lange werden die Proleten da warten müssen? Bis sie erschossen sind oder sich totgearbeitet haben.

Wie gesagt: Die politischen Abstinenzler sind nur wenige innerhalb der syndikalistischen Organisationen.

Mit der großen Mehrheit der Mitglieder ist eine Einigung möglich. Eine große Arbeiterunion ist möglich, sofern wir sie ehrlich wollen.

Karl Roche, in der „R. A.-Z.“ Hamburg.

Kommunismus gegen Spartakismus.

Eine Kritik von Rain.

(Fortsetzung.)

Man kann wohl mit Recht fragen, ob es notwendig war, die Sozialdemokratie während des Krieges zu spalten, denn Parteispaltungen heißen auch immer Spaltung der Massen? Nicht die Organisationen, sondern die Massen sind der Motor des Klassenkampfes. Im Kriege galt es, die Sozialdemokratie, d. h. ihren Führerapparat und nicht die politisch organisierten Massen als bewußte Verbündete des Imperialismus, als Verräter der sozialistischen Internationale und des Sozialismus zu entlarven und sie den verführten Massen als solche zu zeigen und es war die Aufgabe der Revolutionäre, den Krieg gegen den Krieg zu entfesseln, zu organisieren und zu leiten. Hätte die Sozialdemokratie ihren Parteiapparat dieser Aufgabe zur Verfügung gestellt, dann wäre ja die Frage gelöst gewesen, und die revolutionäre Opposition hätte neben den offiziellen Regierungssozialisten an ihrer Aufgabe in derselben Partei gearbeitet. Aber die Führer warfen schon die zahme lokale Opposition gegen den Krieg hinaus. Sollten die Revolutionäre in der Partei bleiben und schweigen? Dann wären sie die moralisch Mitverantwortlichen an den Verrätereien. Die Organisation der Massen für eine spezielle politische Aufgabe war für den Spartakusbund durchaus keine Prinzipienfrage, er hatte nicht die mechanische Auffassung von der Revolution, daß eine revolutionäre Spezialorganisation der Massen die revolutionäre Mission des Proletariats löst. Der Klassenkampf des Proletariats trotz des Burgfriedens wurde nicht durch den Spartakusbund und seine revolutio-

näre Theorie entfesselt, sondern durch die sozialen Widersprüche; die soziale Not trieb die Massen in den Kampf genau so wie vor dem Kriege, aber die Aufgabe des Spartakusbundes war, diese kämpfenden Massen immer bewußter gegen den Krieg, die Militärdiktatur und die Helfershelfer des Imperialismus zu führen und im Kampf ihr Bewußtsein und ihre Psychologie für ihre revolutionäre Mission zu formen. Die historische Aufgabe des Spartakusbundes war aber viel bescheidener; erst L. hat dann die Organisation als das mechanische Prinzip der Revolution entdeckt. Wenn der Spartakusbund seine Aufgabe nur unvollkommen erfüllen konnte, so lag das an den Verhältnissen; die Militärdiktatur schnitt ihn von den Massen ab und er mußte illegale Wege zu ihnen suchen. Wie sollte der Spartakusbund im Kriege eine breite proletarische, demokratische Organisation für die Massen schaffen. Dieses Geheimnis hat L. noch nicht entdeckt. Die geschichtliche Entwicklung hat auch kein fertiges Schema für Parteispaltungen in den einzelnen Ländern.

So stand die italienische Partei in scharfer sozialistischer Opposition zum imperialistischen Krieg, welche eine politische Spaltung der Massen nicht notwendig machte und die Entwicklung der Massen wie der Partei ging kontinuierlich in der revolutionären Linie weiter in dem Grade der Zuspitzung der Klassengegenätze; in Frankreich blieb die revolutionäre Minderheit in der Partei, obwohl die offizielle Partei an der Regierung teilnahm, aber die Minderheit hatte trotz Krieg genügend Spielraum in der Partei, das war wohl der Hauptgrund, warum dort die politische Spaltung der Massen während des Krieges umgangen wurde; in Deutschland jedoch stellten sich Sozialdemokraten wie Unabhängige nach dem Zusammenbruch an die Spitze des bürgerlichen Staates zur Wiederaufrichtung, das machte die Sammlung der revolutionären Massen in einer eigenen Partei gegen den bürgerlichen Staat und seine sozialdemokratische Regierung zu einer geschichtlichen Notwendigkeit.

Lauffenberg hat das Problem des nationalen Krieges aufgerollt. In der Art, wie dieses Problem zur Diskussion gestellt, wurde es mehr oder weniger als eine nationale Marotte der Hamburger Richtung betrachtet. Man fand zu diesem Thema nicht gleich die historische Distanz, so wenig aktuell schien es zu sein. Dem deutschen Kommunismus standen andere taktische Fragen näher zur Diskussion, als die Frage eines Krieges nach der Machtergreifung gegen die Entente wegen des Vertrages von Versailles. Für die bürgerlichen Nationalisten ist der russisch-polnische Krieg von vornherein ein national-russischer Krieg. Aber auch manche Theoretiker des Kommunismus hat der rapide Vorstoß der proletarischen Revolution aus den Ebenen Rußlands gegen das europäische Schachbrett der historisch konsolidierten bürgerlichen Nationalstaaten der Mitte und des Westens in Verwirrung gebracht und sie fragen sich: Ist das noch ein revolutionärer Klassenkrieg oder ist es ein nationaler Krieg? Auch Karl Radek hat in Nr. 10 der Russischen Korrespondenz die Diskussion über diese aktuelle Frage aufgenommen und dieser Widerspruch des Nationalbolschewismus beantwortet diese Frage: Es ist ein Nationalkrieg.

Der Charakter des Krieges wird durch die verschiedene Definition nicht geändert, aber doch ist die Beantwortung der Frage von eminent praktischer Bedeutung für die ganze taktische Arbeit der dritten Internationale. Es ist darum notwendig, daß sie historisch-dialektisch betrachtet werden muß, um zu einer Antwort im marxistischen Sinne zu kommen, die als Grundlage für die politische Arbeit des Kommunismus dienen kann. Solange die Kriege der in der Sowjetrepublik sozialistisch organisierten Arbeit gegen das Kapital sich auf das nationalrussische Territorium,

weitab von dem bürgerlich konsolidierten Europa abspielten, sah man in ihnen den revolutionären Bürgerkrieg zwischen Arbeit und Kapital schlechtweg und die Frage, ob dieser Krieg national ist, wurde gar nicht aufgeworfen. Diese Frage wird komplizierter, je weiter die Revolution nach Westen vordringt, denn jetzt ergibt sich die Möglichkeit bewaffneter Zusammenstöße zwischen der Sowjetrepublik und bürgerlichen Nationen. Bis jetzt hat die Sowjetrepublik ihre Kriege gegen weißgardistische Söldnerheere der russischen Bourgeoisie und Grundbesitzer geführt; jetzt tritt an sie die Notwendigkeit heran, gegen bürgerliche Nationalarmeen zu kämpfen.

Die sozialistische Revolution spielt sich historisch in einem kapitalistischen Milieu ab, in welcher die Gesellschaft und ihre Produktion bürgerlich-national in Staaten organisiert ist. Solange sich die Revolution auf einem nationalen Territorium abspielt, erscheint sie als eine innere Angelegenheit dieser Nation und der internationale Charakter des Krieges für das Kapital zeigt sich nur verdeckt durch die indirekte Unterstützung der weißen Armeen durch die bürgerlichen Nationalregierungen. Mit dem Fortschreiten der Revolution in diesem historischen Milieu konsolidiert sich die Revolution auf einem nationalen Territorium, die weißen Armeen der Koltshak und Denikin treten von der Bühne ab. Wollen die imperialistischen Staaten der bürgerlichen Nationen den Klassenkrieg für ihre Interessen fortsetzen, so müssen sie jetzt versuchen, ihre eigenen bürgerlichen Nationen, trotz des fortschreitenden revolutionären Prozesses, welcher sie von innen heraus zerstört, ins Feuer zu schicken. Wäre das bürgerliche Privateigentum eine nationale Angelegenheit jeder Nation für sich, dann wäre wohl die Möglichkeit eines friedlichen Nebeneinanderlebens bürgerlicher und sozialistischer Staaten denkbar, aber die bürgerliche Eigentumsordnung ist in der imperialistischen Phase des Kapitals eine internationale Organisation und der Sturz dieser Ordnung in dem einen Staate, muß, da das Proletariat und die Klassenkämpfe zwischen Kapital und Arbeit international sind, ihren Sturz auch in den anderen Staaten herbeiführen. Der nationale imperialistische Staat braucht für ein Bestehen außerdem ein Expansionsfeld nicht kapitalistischer Gesellschaften und ist gezwungen all diese Gesellschaften aufzulaugen und zu zerstören. Wie die fortschreitende soziale Revolution schrittweise alle bürgerlichen Nationen durch den Klassenkampf zerstört und zerstört, müssen die bürgerlichen Nationen in ihrem Auflösungsprozeß dauernd den Krieg gegen die sozialistische Organisation der Arbeit und des Eigentums führen, um sich selbst zu erhalten, obwohl sie gerade durch diese Kriege den revolutionären Zerstörungsprozeß der Nationen fördern, weil sie sich unmittelbar auch gegen die ökonomischen und politischen Interessen ihres eigenen Proletariats richten und damit den internationalen Zusammenschluß des Proletariats zum Kampf beschleunigen.

Es ist nicht gleichgültig, ob die weiteren Kriege der Sowjetrepublik in das Bewußtsein des Weltproletariats als nationale Angelegenheiten des russischen Volkes eingehen oder ob sie ihnen als internationale revolutionäre Klassenkämpfe der befreiten Arbeit erscheinen. In dem einen Falle kürzen sie den Zerfall der bürgerlichen Nationen durch die verräterische Arbeit der Sozial-Chauvinisten und verwirren die Köpfe des Proletariats, in dem andern Fall können sie die revolutionäre Erkenntnis und den revolutionären Willen desselben vorwärtstreiben. Die nationalistische Presse bietet ihre ganze Phrasenologie auf, um die Arbeiter vor dem nationalen Bolschewismus, seinem Schrecken und seinem imperialistischen Raubdrang zu schrecken. Es ist nicht notwendig und gefährlich, wenn Kommunisten selbst die nationale Ideologie durch eine oberflächliche Analyse der Sowjetkriege stärken.

(Fortsetzung folgt.)

Der Friede zwischen Sowjetrußland und Lettland.

Der Friedensvertrag zwischen Lettland und Sowjetrußland, der am 12. ds. Mts. abgeschlossen wurde, enthält folgende Hauptbestimmungen:

1. Rußland anerkennt bedingungslos die Unabhängigkeit und Souveränität von Lettland und verzichtet auf alle Souveränitätsrechte, die Rußland früher über das lettische Volk und Land hatte.

2. Beide Parteien verzichten gegenseitig auf die Forderung von Kriegskosten. In Erwägung, daß die Verluste und die Zerstörungen, die durch den Weltkrieg hervorgerufen worden sind, unter allen Weltstaaten gerecht verteilt werden sollten, verpflichten sie sich, zu versuchen, die Errichtung eines internationalen Fonds zur Deckung der Kriegskosten zu erreichen; unabhängig davon werden sie jedoch versuchen, gegenseitige wirtschaftliche Hilfe unter den Staaten, die sich auf früherem russischen Gebiet gebildet haben, zustande zu bringen.

3. Rußland verpflichtet sich, Lettland das Eigentum, das ihm von Rußland während des Krieges genommen worden ist, wie Eisenbahnmateriale, Schiffe, Bankwerte, ausgenommen Gold und edle Steine, verschiedene Archive, Dokumente, Post-, Telegraphen- und Telephoneinrichtungen und Zubehör zurückzustellen. Rußland hat indessen das Recht, den Wert solchen Eigentums in Gold zu zahlen, statt des Eigentums selbst und in dieser Verbindung soll Lettland von Rußland vier Millionen Goldrubel binnen 2 Monaten, vom Tag der Ratifikation dieses Vertrages an gerechnet, empfangen.

4. Lettland erhält das Recht einer Waldkonzession von 100 000 Desjatinen.

5. Lettland ist frei von jeder Verpflichtung in bezug auf die Schulden Rußlands.

6. Unmittelbar nach den beiderseitigen Ratifikationen des Friedensvertrages soll ein Vertrag über den Gütertransport abgeschlossen werden, und Lettland soll nicht höhere Frachtraten für russische Güter berechnen, als die für den Transport von lokalen Gütern angelegten. Der beiderseitige diplomatische und konsularische Dienst soll zur selben Zeit wieder aufgenommen werden.

7. Die Feindseligkeiten sollen von Mitternacht des 11. auf 12. August eingestellt werden.

Gedanken eines Ministers über den Bolschewismus.

Außenminister Dr. Simons am Montag: M. H.! Der Bolschewismus hat imposante Aufbauarbeit geleistet, namentlich hat er durch die Vereinheitlichung der Kraftquellen Großartiges geleistet.

Am Dienstag: Daher gleicht der Bolschewismus einer alles verzehrenden Flamme, die verbrennt was sie erfaßt, und nur ein rauchendes Trümmersfeld hinter sich zurückläßt.

Am Mittwoch: Deshalb warne ich immer wieder, im Bolschewismus nur einen Aschenhaufen zu sehen.

Noch einige Tage später sagt er vielleicht: Da meine Ausführungen über den Bolschewismus andauernd mißverstanden werden, so erlaube ich mir hier, eine genaue Definition zu geben: Der Bolschewismus ist nach meiner Ansicht ein reißendes Kaninchen, das seine Eier in fremde Nester legt, um aus ihrer Asche den Phönix auszubrüten, vor dessen Basiliskensblick Europa zur Salzsäule erstarrt, aus der Milch und Honig fließen. Ich glaube nun allseitig verstanden worden zu sein.

Aus dem Wirtschaftsbezirk.

Frankfurt a. M. (Es gibt keine Klassenjustiz.) Nach Mitteilungen der Presse hat der Oberreichsanwalt das Ermittlungsverfahren gegen den hinreichend bekannten Rittmeister de Neufville, der während der Rappage eine sehr verdächtige Rolle gespielt hat, eingestellt. Der Herr Oberreichsanwalt scheint es mit Personen, denen man etwas nachweisen kann, merklich eiliger zu haben, als mit solchen, bei denen man überhaupt nicht den Schatten eines Beweises erbringen kann. Wir erinnern hierbei nur an unseren Genossen Minister, der seit dem 28. April verhaftet und unter Umgehung der französischen Bahnhofskontrolle aus dem damals besetzten Gebiet verschleppt wurde. Der Untersuchungsrichter in Kassel lehnte selbst die Einleitung eines Verfahrens ab, da nicht genügend Beweismaterial vorhanden war. Man nahm darauf Minister in Schutzhaft. Nach Aufhebung des Belagerungszustandes verhängte man wieder Untersuchungshaft, und trotzdem hat man bis heute, 4 Monate nach der Verhaftung, noch nichts gegen den Inhaftierten eingeleitet. Im übrigen fallen die Delikte, die Minister zur Last gelegt werden, unter die Amnestie. — Aber — gegen de Neufville wird das „Ermittlungs“verfahren eingestellt — Minister bleibt in Untersuchungshaft bis Es lebe das Recht der demokratischen Republik! Es leben die Rappverbrecher!

Frankfurt a. M. (Sozialdemokraten als Ehrenmitglieder der Antiboldschewistischen Liga.) Die „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“ (Antiboldschewistische Liga) hält in Frankfurt seit einiger Zeit Vortragsabende ab. Als Referent ist u. a. auch Herr Markwald, Redakteur der „Volksstimme“ und November-Sozialist, aufgetreten. Das scheint einzelnen Mitgliedern der Bourgeoisozialisten doch etwas zu stark gewesen zu sein, denn in einer Briefkastennotiz schiebt sich das „Arbeiterblatt“ vom großen Hirschgraben zu folgender Antwort veranlaßt:

E. S. 80. Genosse Markwald hat mit Zustimmung der Frankfurter Parteileitung von der „Liga für deutsche Kultur“ veranstaltete Kurse abgehalten, weil ihm freigestellt war, seine Vorträge im Sinne seiner sozialdemokratischen Überzeugung zu halten, auch jede Unterstützung reaktionärer Bestrebungen seitens der hiesigen Führung der „Liga“ ausgeschlossen ist. Ob aber die „Liga“ an anderen Orten eine andere Haltung einnimmt, vermögen wir nicht nachzuprüfen. In einer jüngsten Erklärung in unserem Darmstädter Parteiorgan, dem „Hess. Volksfreund“, bemerkt die „Liga“, daß sie zu Hugo Sinnes in gar keiner Beziehung stehe. Wörtlich wird gesagt: Die „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“ werbe keineswegs für den Kapitalismus; sie trete ein für eine organische Entwicklung der deutschen Wirtschaft und wende sich gegen alle Auswüchse, die diese Entwicklung hemmen könnten.

Warum auch nicht! Die Liga ist nicht reaktionär und somit kann die Parteileitung schon ihre Zustimmung geben.

Mainz. Unsere Genossen Heine und Kiedel wurden von dem hiesigen französischen Gericht als Leiter bzw. Einberufer einer öffentlichen Versammlung zu Geldstrafen von 100 und 30 Mk. verurteilt, weil sie einem Diskussionsredner nicht das Wort entzogen, als er gegen die Entente Stellung nahm.

Berlin. (Weiteres Steigen der Erwerbslosigkeit.) Wie aus dem Reichsarbeitsministerium gemeldet wird, ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reiche, wie es infolge der ständig anhaltenden ungünstigen wirtschaftlichen Lage zu erwarten war, weiterhin erheblich gewachsen. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 1. August 1920 290 735, die der weiblichen Erwerbslosen 105 964, also insgesamt 396 699 gegen 359 418 am 15. Juli und 321 418 am 1. Juli 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 364 231 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen entspricht etwa dem Stand in der Zeit vom 15. Februar 1920.

Berlin. (Entwaffnungsprämien.) Wie der Reichskommissar für Entwaffnung zu der Ausführungsbestimmung des Entwaffnungsgesetzes ergänzend mitteilt, werden für schnelle Ablieferung der Waffen Prämien ausgesetzt werden. Es werden für die erste Zeit

der Ablieferung vom 15. September bis 10. Oktober für jedes abgelieferte Gewehr bzw. Karabiner 100 Mark gezahlt werden. Für die Zeit vom 10. bis 20. Oktober beträgt die Prämie 50 Mk. Für andere Waffen gibt es entsprechend höhere oder niedrigere Summen.

Versammlungsanzeiger.

Unter dieser Rubrik werden sämtliche öffentliche und geschlossene Mitgliederversammlungen der K. A. P. D. Wirtschaftsbezirk Frankfurt bekanntgemacht. Alle Versammlungsanzeigen müssen bis spätestens Mittwochabend in Händen des Gen. Rob. Sauer, Frankfurt a. M., Petterweilstr. 65 II sein.

Ortsgruppe Mainz.

Die Zusammenkünfte unserer Genossen finden regelmäßig jeden Samstag abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in unserem Lokal statt. Die Genossen werden gebeten, alle pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Ortsgruppe Hanau.

Jeden Dienstag abend 8 Uhr im Kolleg 8 des Gewerkschaftshauses Diskussionsabend. Gäste sind willkommen.

Freie sozialistische Jugend Frankfurt.

Die Zusammenkünfte finden jeden Mittwoch und Samstag abends $\frac{1}{8}$ Uhr im Reform-Restaurant „Fregya“ in der Gr. Bockenheimerstr. 35 (1. Stock) statt. Mittwoch, den 1. September: „Der wirtschaftliche Kampf“. Samstag, den 4. September: „Die kommunistische Schule in Rußland“.

Es ist Pflicht aller Genossinnen und Genossen, daß sie ihre Versammlungen pünktlich und vollzählig besuchen.

Schriften-Vertrieb der K. A. P. D. Frankfurt a. Main.

Neu eingetroffen:

Otto Kühle, Die Revolution ist keine Parteisache Mk. 0.80
Revolutionäre Betriebsorganisation und Allgemeine Arbeiter-Union Mk. 0.25

— Sämtliche Schriften sind bei den Distriktskolporteurs zu haben. —
Wo dies nicht möglich ist, wende man sich direkt an
Robert Sauer, Frankfurt a. M., Petterweilstr. 65 II.

Allgemeine Arbeiter-Union Frankfurt a. M.

Am Dienstag, 31. August, abends 7 Uhr findet in der „Höpfenblüte“, Heiligkreuzgasse 26, die

allgemeine Mitgliederversammlung

statt.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung über die Sitzung des Reichswirtschaftsrates der A. A. U.
2. Wahl eines Mitgliedes zu demselben.
3. Die Zeitungsfrage.
4. Die Betriebswahlen im Gaswerk Ost.

Der Aktions-Ausschuß.

Besucht die große Attraktions-Schau CIRCUS BUSCH



Das große
Tägl. 3 grobe Vorstellungen **Weltstadt-Programm** Nachm. 3 und 5
während der **Frankfurter Schaumesse** Abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr

IOSTEND-STRASSE I

Eröffnung: Mittwoch, den 25. August 1920, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr
Vorkauf ab 10 Uhr vorm. bei der Direktion am Salonwagen

Verantwortlich für Redaktion und Verlag: Kurt Krüger, Frankfurt a. M.
Druck: Lorenz & Masoth, Al. Steinheim.